

Rheinfelder Montagsdemo



**Liebe Montagsdemonstrantinnen und Montagsdemonstranten,
ich begrüße Euch zur 242. Montagsdemonstration ganz herzlich.**



Gut dass Irene in der Urlaubszeit da ist und die Eröffnungsrede hält.

Der Betrug mit der Kurzarbeit oder "Lügen haben kurze Beine"

Die zuletzt ab 1. Juli 2009 erweiterten Möglichkeiten der Unternehmen, Kurzarbeit zu beantragen und sich die Beiträge zur Sozialversicherung vollständig aus den Kassen der Arbeitsämter bezahlen zu lassen, öffnen auch kriminellen Machenschaften Tür und Tor.

In den letzten Tagen häufen sich die Informationen über staatsanwaltliche Ermittlungen gegen Firmen, die zwar offiziell Kurzarbeit angemeldet haben und dafür kassieren – ihre Beschäftigten aber trotzdem Vollzeit arbeiten lassen.

Gegenwärtig laufen Verfahren gegen 98 Firmen. Unter anderem ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen einen Metallbetrieb im Landkreis Tübingen, bei dem die Arbeiterinnen und Arbeiter nach ein paar Stunden Arbeit abstempeln mussten, dann aber wieder sozusagen "durch die Hintertür" zurück mussten, um weiterzuarbeiten.

In anderen Betrieben werden Kolleginnen und Kollegen mit der Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes im Nacken genötigt, zu unterschreiben, dass sie nur halbtags im Betrieb sind, obwohl sie während der ganzen Arbeitszeit arbeiten.

Solche kriminellen Machenschaften sind jedoch nur die "Spitze des Eisbergs" des tatsächlichen Betrugs mit der Kurzarbeit. Viele von Kurzarbeit mit entsprechenden Lohneinbußen Betroffene berichten, dass in den verkürzten Arbeitszeiten die Leistungsschraube derart angezogen wird, dass in weniger Zeit immer mehr produziert wird.



Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz

Rheinfelder Montagsdemo



Nach Angaben des DGB wurde für fast 2,5 Millionen Beschäftigte seit Anfang 2009 Kurzarbeitergeld beantragt, 2,1 Millionen in Westdeutschland und 360.000 in Ostdeutschland.

Allein in Baden-Württemberg haben im ersten Halbjahr 18.500 Betriebe für 514.000 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet. Beinahe eine Milliarde Euro hat die Bundesagentur bisher für die neuen Kurzarbeiterregelungen bereit gestellt.

Ihre von den Beitragszahlern gefüllten Kassen sind nahezu erschöpft. Drohen nun Beitragserhöhungen oder weitere Kürzungen der Unterhaltsleistungen?

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass – mutmaßlich schon im kommenden Herbst nach der Bundestagswahl – das krisendämpfende Instrumentarium der Kurzarbeit erschöpft sein wird. Davon geht auch das großbürgerliche "Handelsblatt" aus, das in einem Artikel vom 24. Juli den derzeitigen Boom bei "Transferegesellschaften" auf im Herbst bevorstehende Massenentlassungen zurückführt.

Die Banken und Konzerne die Krisenlasten selber bezahlen sollen und dazu gehört, dass statt Kurzarbeit und Entlassungen die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich durchgekämpft werden muss.



Zur Asylpolitik

Wenn es nach der Wahlwerbung geht, verfolgt CDU/CSU, SPD, FDP und die Grünen heute eine Politik der Chancengleichheit. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt etwas anderes. Immerhin hat sich die CDU schon dazu durchgerungen und erkennt an, dass Deutschland inzwischen ein Einwanderungsland ist.

Wolfgang Schäuble ist federführend unter den EU Innenministern eine gezielte und gewählte Migration d. h. Einwanderung, um Menschen als billige Arbeitskräfte für den in Deutschland ansässige Monopolen zuzuführen. Vor allem

Betroffene aus Osteuropa und nicht EU Staaten konkurrieren um Stundenlöhne weit unter dem Existenzminimum. Schäuble ist der Scharfmacher für die Politik "der Festung Europa." welche die Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchende an den Außengrenzen der EU militärische unterdrückt.

Gerade in der Weltwirtschaft und Finanzkrise werden Ausländer verstärkt als Sündenböcke gesucht um von den wirklichen Verantwortlichen und den Hintergründe abzulenken. Das Drecksgeschäft der offenen Spaltung und Hetze gegen Migranten wird vor allem von Neonazis und Ultrarechten verrichtet.

Das Bündnis 90 die Grünen präsentieren sich mit ihren türkisch stammenden Özdemir gerne als weltoffen und Ausländer freundlich. Aber das ganz zu unrecht. Sie waren an der Schaffung neuer Fluchtgründe durch völkerrechtswidrige Angriffskriege wie den NATO Krieg gegen Jugoslawien beteiligt Ihre Version vom kulturellen miteinander fordert Islam Unterricht an den Schulen und die staatliche Ausbildung und Finanzierung von Islamgelehrten was selbst dem türkischen Staat zu weit geht.

Die Mikrationspolitik der Berliner Parteien ist so lange für Ausländer wie Sie als weitgehend rechtlose gut ausgebildete billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden können, und sich kritiklos in den Kapitalismus integrieren lassen.

Wenn sie jedoch arm sind und Kinder haben, werden sie als Bildungsfern verunglimpft. Wenn sie arbeiten dürfen oder nicht können, als Schmarotzer. Wenn sie aufbegehren und sich wehren, als Terroristen.

Wir brauchen gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen im Betrieb und in den Stadtteilen und Schulen in den Gewerkschaften.

Neue Politiker braucht das Land! Mach mit! Auf zur Montagsdemo!

Jeden Montag - 18.00 Uhr - Oberrheinplatz